



SP-Paket zur Entlastung der Haushalte und zum Schutz der inländischen Kaufkraft

Die Schweizer Wirtschaft hat sich erstaunlich gut von der Covid-19-Krise erholen können. Die Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt ist heute bereits höher als vor dem ersten Shutdown im März 2020. Das zeigt, dass die umfassenden wirtschaftlichen Stützungsmaßnahmen funktioniert haben. Dank Lohngarantien, EO und Härtefall-Programmen konnten sehr viele Arbeitsplätze und Einkommen gesichert werden. Aufgrund des Ukraine-Kriegs, der internationalen Lieferketten-Probleme, der daraus resultierenden Teuerung und der volatilen Energieweltmärkte wird nun jedoch das Wachstum gedämpft. Eine steigende Inflationsrate und steigende Preise bei einer stagnierenden Lohnentwicklung können in den nächsten Monaten für die tiefen und mittleren Einkommen zunehmend zur Belastung werden.

Rund 60 Prozent unserer Wirtschaftsleistung stammt aus dem Konsum der privaten Haushalte. Aus Sicht der SP ist deshalb der Schutz der inländischen Kaufkraft sowohl für die Schweizer Unternehmungen als auch die Bevölkerung absolut prioritär.

Das SP-Stabilisierungspaket beinhaltet folgende Eckpunkte:

Temporäre Sofortmassnahmen

1. Die Ausgaben für Wohnen und Krankenkassenprämien stellen die grösste finanzielle Belastung für die privaten Haushalte dar. Der Anstieg dieser Grundausgaben dämpft die Reallohnentwicklung seit Jahren. Mit dem indirekten Gegenvorschlag zur SP-Initiative für bezahlbare Prämien sorgt die SP-Fraktion dafür, dass voraussichtlich ab 2024 jährlich zwei Milliarden zusätzlich für Prämienverbilligungen verfügbar sind. **Angesichts des drohenden Prämienschocks im Herbst fordert die SP den Bundesrat auf, selbstständig und in Zusammenarbeit mit den Kantonen bereits ab Herbst 2022 die Prämienverbilligungen zu erhöhen**, um die Kaufkraft der Haushalte zeitnah zu stabilisieren.
2. Bei einem Bruttoeinkommen unter 4530 Franken geht im Schnitt pro Haushalt fast 8 Prozent des freiverfügbaren Einkommens an die Nebenkosten für Heizung und Warmwasser. Die steigenden Öl- und Gaspreise schlagen sich besonders stark bei den Mietnebenkosten nieder. Es drohen zusätzliche Belastungen von bis zu 1'200 Franken pro Haushalt.¹ **Die SP fordert mit einer Motion die Einführung eines temporären Nebenkostendeckels**. Damit sollen alle Schweizer Miethaushalte gegen Erdöl- und

¹ In einer schlecht isolierten Vierzimmerwohnung liegt der Heizölverbrauch bei rund 2000 Litern, ein Aufschlag von 60.-/100l auf 120.-/100l entspricht Mehrkosten von 1200.- im Jahr. Quelle: MV Schweiz.

Gaspreise versichert werden, welche ihre üblichen Heiznebenkosten um mehr als 30 Prozent erhöhen.

3. Steigt die Teuerung in den nächsten Monaten weiter an, wird es flächendeckendere Schutzmassnahmen für die breite Bevölkerung brauchen. **Für das Szenario einer ausserordentlichen Teuerung von über fünf Prozent für die wichtigsten Konsumgüter² fordert die SP die Einführung eines «Check fédéral».** 80 Prozent der Bevölkerung soll dadurch in den Genuss eines einmaligen Zuschusses von 260.- (130.- pro Kind) kommen.³

Mittelfristige Massnahmen

4. In den letzten dreissig Jahren sind die Preise für den öffentlichen Verkehr doppelt so stark angestiegen wie die Kosten für den motorisierten Individualverkehr. Angesichts des gestiegenen Mobilitätsbedürfnisses und der Notwendigkeit einer ökologischen Verkehrswende braucht es eine Stärkung des öffentlichen Verkehrs. Das Angebot muss für alle Haushalte attraktiv und bezahlbar sein. **Deshalb fordert die SP mit mehreren Vorstössen eine Senkung der Ticketpreise.** Namentlich braucht es Vergünstigungen beim Halbtax und tiefere Familientarife.
5. Die Mietpreise sind in den letzten fünfzehn Jahren um 36,2 Prozent stärker angestiegen als gesetzlich zugelassen. Alleine im Jahr 2021 wurden 10,5 Milliarden Franken von den Miethaushalten zu den Immobilieneigentümern leistungsfrei umverteilt, pro Monat und Haushalt wurden 380 Franken zu viel bezahlt. **Mit der parlamentarischen Initiative 21.469 fordert die SP eine periodische Revisionspflicht der Rendite auf Mieteinnahmen** bei Wohnimmobilien zur Sicherstellung des gesetzlichen Zustands.
6. Zur nachhaltigen Stabilisierung der Kaufkraft und für den Klimaschutz muss die energiepolitische Abhängigkeit vom Ausland rasch gesenkt werden. Statt dass wir jährlich acht Milliarden für fossile Energien aus dem Ausland ausgeben und damit auch Putins Krieg mitfinanzieren, müssen wir dieses Geld bei uns investieren. Damit können Schweizer Haushalte vor der ansteigenden Volatilität der internationalen Energiehandelspreise geschützt werden. Zentral dafür ist die Beschleunigung der ökologischen Transformation des Schweizer Gebäudeparks, weg von der Gas- und Erdölabhängigkeit aus dem Ausland hin zu den heimischen Energiequellen. **Mit dem Heizungsersatzprogramm im indirekten Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative sorgt die SP dafür, dass die fossilen Heizungen und Elektrowiderstandsheizungen dank zusätzlichen Fördermitteln beschleunigt durch Erneuerbare ersetzt werden können.**

² Der «Check fédéral» soll aktiviert werden, wenn im Vergleich zu 2018 die Preise für bestimmte, repräsentativ gewichtete Güter, die von den unteren Einkommen und dem Mittelstand stark konsumiert werden, erheblich (mehr als 5 %) ansteigen. Die fraglichen Güter sind: Güter des täglichen Bedarfs (Lebensmittel), Mietkosten, obligat. Krankenkassenversicherung, Energie (Heizöl, Gas, Benzin).

³ Über den oben genannten Schwellenwerten (ca. 90'000 Franken Bruttojahreseinkommen, für Ehepaare und Familien höher) wird der Betrag gesenkt um 10 %. Nach zusätzlichen 5'000.- kommt es wiederum zu Kürzungen von je 10 %. Damit werden Schwelleneffekte vermieden. Vom vollen Betrag profitieren rund 80 % der Bevölkerung. Ausbezahlt wird der «Check fédéral» von den kantonalen Steuerverwaltungen.